

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

„Fair-Work“-Siegel für Computerspiele

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bei der Bewertung der Situation und der geplanten Auslobung eines Preises für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele stehen einseitig Standortinteressen und die zukünftige Entwicklung der Computerspielewirtschaft im Vordergrund. Die Arbeitssituation der festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Entwicklung, der Programmierung, des Designs, des Testens und der Promotion von Computerspielen werden nicht wahrgenommen. Gerade diese Personen bilden jedoch die Basis einer fortschreitend erfolgreichen Computerspieleindustrie in Deutschland. Gleichzeitig sehen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit höchst problematischen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Dies sind: keine oder nur eine geringe soziale Absicherung, prekäre Beschäftigung, Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden täglich und kein Freizeitausgleich für Überstunden.

Diese Form einer schlecht entlohnenden oder prekären Beschäftigung ist gerade aufgrund des Erfolgs der Computerspieleindustrie ein nicht hinzunehmender Widerspruch. Die Bundesregierung steht hier in der Verantwortung, korrigierend tätig zu werden. Gerade dann, wenn weitere Fördermittel vergeben werden oder ein Preis zum Anreiz spezieller Entwicklungen ausgelobt wird, besteht die Möglichkeit der direkten Einflussnahme. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, ein „Fair-Work“-Siegel zu entwickeln, das ähnlich einem Umwelt-TÜV die jeweils bestehenden Arbeitsbedingungen klassifiziert und bewertet. Nur Unternehmen, die die Voraussetzungen für ein solches Siegel erhalten, sollen in Zukunft staatliche Fördermittel beziehen können oder bei der Nominierung für einen Computerspielepreis berücksichtigt werden. Mittels unabhängiger Kontrollen und der Einrichtung einer neutralen Beschwerdeline sollen auf diese Weise die Mindeststandards der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der frei Beschäftigten gesichert werden. Durch die Berücksichtigung der Belange der Beschäftigten kann so eine dauerhaft und qualitativ nachhaltige Entwicklung der gesamten Branche gesichert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zeitnah ein „Fair-Work“-Siegel zu entwickeln, das die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Computerspielebranche bewertet und eine Sicherung der arbeitsrechtlichen Mindeststandards der festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ziel hat,

2. bei der weiteren finanziellen Förderung von Projekten in dieser Branche und der Auslobung eines Deutschen Computerspielepreises die Verleihung des Siegels als Entscheidungsgrundlage für die Zuwendung der Fördermittel bzw. der Teilnahme am Wettbewerb zwingend vorauszusetzen.

Berlin, den 19. Februar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion